

Georg Essen, Magnus Striet und Stefan Orth

Was vom Westen bleibt

Theologische Argumente im Streit
um Religion in säkularer Gesellschaft

HERDER 

FREIBURG · BASEL · WIEN

HERDER Edition KORRESPONDENZ



© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2026
Hermann-Herder-Str. 4, 79104 Freiburg
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Bei Fragen zur Produktsicherheit wenden Sie sich an:
produktsicherheit@herder.de

Satz: Röser Media, Karlsruhe
Herstellung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN Print: 978-3-451-10285-1
ISBN E-Book (PDF): 978-3-451-84181-1
ISBN E-Book (EPUB): 978-3-451-84255-9

Inhalt

Vorwort	7
Erstes Kapitel: Verschlechterte politische Rahmenbedingungen	9
Zweites Kapitel: Wie Freiheit heute bedroht ist	21
Drittes Kapitel: Die Grenzen des Freiheitsbegriffs	27
Viertes Kapitel: Das Naturrecht bleibt schillernd	33
Fünftes Kapitel: Aporien des Lebens	41
Sechstes Kapitel: Stärken und Grenzen des Autonomieprinzips	49
Siebtes Kapitel: Kirche und Freiheit in der Moderne	59
Achtes Kapitel: Gott in säkularer Gesellschaft	69
Neuntes Kapitel: Die Aufgaben der Theologie	81
Zehntes Kapitel: Vom theologischen Wert der Säkularität	85
Elftes Kapitel: Konsequenzen für die Gottesfrage	93
Zwölftes Kapitel: Große Aufgaben im Pontifikat Leos XIV. und darüber hinaus	101

Vorwort

Die Verunsicherung dauert schon länger an. Mit der zweiten Amtszeit von Donald Trump als US-Präsident und seiner Distanzierung von Europa ist allerdings definitiv etwas ins Rutschen gekommen. Seit dem Zweiten Weltkrieg war die Allianz der Staaten in Westeuropa und Nordamerika die Basis für den Glauben an die liberale Demokratie als zwar nicht perfekte, aber immerhin doch zweifelsfrei beste aller Möglichkeiten für die Organisation von Gesellschaft, Politik und Staat, eine rechtsstaatliche Ordnung auf der Grundlage der Menschenrechte inbegriffen. Einige europäische Staaten sind hier länger schon vom Pfad abgewichen, in den meisten anderen sind rechtspopulistische Strömungen stärker geworden. Es kommt zur Instrumentalisierung von Religion wie zu eigentlich überholt geglaubten Versuchen theologischer Legitimierung politischer Macht.

Das kann weder die Kirchen gleichgültig lassen noch die Theologie, die die Aufgabe hat, die Praxis christlichen Glaubens in ihrem jeweiligen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Umfeld zu reflektieren. Denn der mühsame Prozess, sich als Kirchen im Kontext rechtsstaatlicher Demokratien zu verstehen, wird damit infrage gestellt.

Welche Rolle spielt Religion heute in einer säkularen Gesellschaft? Wie groß ist die Versuchung, sich auf voraufklärerische Verhältnisbestimmungen von Religion und Staat einzulassen – und wie kann man ihr wehren? Welche Argumente sind gerade aus christlicher Überzeugung mit Blick auf die

soziale Integration für die Zuordnung von Freiheitswillen und Wahrheitsstreben zu betonen? Und was heißt das am Ende für die Gottesfrage heute?

Es ist offensichtlich, dass angesichts der „Zeitenwende“ die theologischen Koordinaten neu bestimmt werden müssen. Ich bin dem Berliner Dogmatiker Georg Essen, der auch Mitglied der Juristischen Fakultät ist, und dem Freiburger Fundamentaltheologen Magnus Striet, der seinerseits auch Mitglied der Philosophischen Fakultät ist, sehr zu Dank verpflichtet, dass sie sich auf ein Gespräch angesichts dieser Fragen eingelassen haben. Es ist zu einer ehrlichen, auch selbstkritischen Bestandsaufnahme geworden, die gleichzeitig ein vehementes Plädoyer ist, die Ressourcen liberaler Theologie angesichts der Herausforderungen neu starkzumachen.

Freiburg, Ostern 2026

Stefan Orth

Erstes Kapitel: Verslechterte politische Rahmenbedingungen

Stefan Orth: *Länger haben wir schon beobachten können, wie sich in Europa und darüber hinaus rechtspopulistische Strömungen verstärken. Das Ganze hat sich zuletzt insofern deutlich verschärft, als mit dem Ukraine-Krieg durch Wladimir Putin und seit dem Beginn von Donald Trumps zweiter Amtszeit etwas zu kippen droht. Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechte zum Beispiel sind Begriffe, deren Plausibilität jetzt auch in den USA und in Europa schwinden. Ist das, was wir früher als das Wertesystem des Westens bezeichnet haben, in Gefahr?*

Georg Essen: Wo könnte man ansetzen bei diesen Herausforderungen, ohne lediglich bei sorgenvoller Empörung stehen-zubleiben? Wir können beobachten, dass moderne Gesellschaften westlicher Prägung mit dem Problem konfrontiert sind, unter demokratischen, das heißt freiheitlichen Bedingungen Menschen sozial zu integrieren. Das gilt sowohl politisch als auch kulturell. Warum ist der Westen so schwach und – vor allen Dingen – so zerrissen? Wir verfügen in unseren pluralen Gesellschaften kaum noch über gemeinsam geteilte Vorstellungen darüber, was uns kulturell miteinander verbindet und was politisch unsere kollektive Identität ausmacht. Es lastet auf westlichen Gesellschaften ein enormer Druck, soziale Integration unter den Bedingungen etwa von stark angewachsener Migration, aber auch von fortschreitender Individualisierung zustande zu bringen. Aus welchen kulturellen Ressourcen schöpfen wir unsere Vorstellungen von Gemeinsinn? Was eint

eigentlich eine Nation, wer ist das Volk? Die Frage, mit welcher Politik wir diese Fragen zu beantworten haben, stellt namentlich für die liberalen Demokratien des Westens eine besondere Herausforderung dar: Autokratische Populisten attackieren an diesem hochsensiblen Punkt die Leistungsfähigkeit der liberalen Demokratie. Sie sind der Auffassung, dass Gesellschaften nicht demokratisch ausgehandelt werden können, sondern effizient gesteuert werden sollten. Die populistische Antwort auf die Frage, in welchem Staat wir leben wollen und was uns als Gesellschaft miteinander verbindet, läuft darauf hinaus, dass die politische Ausgestaltung unserer kollektiven Identität nicht mehr an freiheitliche demokratische Suchbewegungen zurückgebunden sei.

Was war, was ist der Westen überhaupt?

Essen: Die Frage danach, was die Identität unserer Gesellschaften eigentlich ausmacht, hängt tatsächlich mit der, was der Westen sei, eng zusammen. Was wir heute den Westen nennen, ist mit einem historisch gewachsenen Sinn- und Wertangebot verbunden, das für unser kulturelles und politisches Selbstverständnis grundlegend ist. Der Begriff selbst geht auf die Unterscheidung von Orient und Okzident zurück. Okzident meinte ursprünglich die westlichen Reichsteile des römischen Imperiums der Antike. In räumlicher Hinsicht ist also zunächst Europa gemeint und später auch die westliche Hemisphäre, zu der die USA gerechnet wurden. Kulturell prägend für den Westen ist das Römisch-Lateinische, das unsere Sprachen prägt, aber auch unsere Vorstellungen von Recht, Staat und auch Religion maßgeblich beeinflusst hat. Dieser

Kulturraum ist dann auch entscheidend gewesen für die Gestalt eines lateinischen Christentums. Es ist historisch gesehen der entscheidende Transmissionsriemen für das, was wir heute den Westen nennen. Der Historiker Heinrich August Winkler spricht davon, dass ohne den biblischen Monotheismus der Westen nicht erklärt werden könne. Er stellt als den Identitätsmarker eine kulturell und politisch bedeutsame Ur-differenz heraus, die durchaus biblischen Ursprungs ist: die Unterscheidung von weltlicher und göttlicher Gewalt, von politischer und religiöser Herrschaft, von Staat und Religion.

Stimmen Sie da zu, Herr Striet?

Magnus Striet: Es lohnt sich tatsächlich, von diesem historischen Erbe aus die Entstehung jener Moderne zu betrachten, die über eine geraume Zeit als maßgeblich angesehen wurde. Selbstverständlich gab es global betrachtet auch ganz andere Modernisierungsprozesse, aber für die Entstehung der Moderne, von der viele nach dem Jahr 1989 geglaubt haben, sie würde sich überall durchsetzen, gab es zwei entscheidende Faktoren. Diese Moderne hat ihre Wurzeln nicht erst in den Revolutionen von 1776 und 1789, der Amerikanischen und der Französischen Revolution. Diese Revolutionen setzten bereits Neuinterpretationen des Freiheitsdenkens voraus, die selbstverständlich den allermeisten Menschen nicht bekannt gewesen sein dürften, aber dennoch faktisch wirksam waren. Hier hat die Theologie eine wichtige Rolle gespielt. Im 15. Jahrhundert erkannte man, dass man nur dann am biblischen Erbe des Gottglaubens festhalten kann, wenn man Gott eine absolute Freiheit zuspricht. Dies meint nicht notwendig Willkür oder

Bindungslosigkeit. Man kann dieses neue Gottdenken folgendermaßen zusammenfassen: Gott ist absolut frei, aber er bindet sich in seiner Freiheit daran, den Menschen als sein mitgeliebtes Geschöpf unbedingt zu achten. Das moderne Autonomiedenken hat hier seine Ursprünge. Freiheit meint Selbstbestimmung durch sich selbst und nicht Bindungslosigkeit. Darauf haben auch Philosophen wie Axel Honneth oder Rainer Forst, der jüngst verstorbene Jürgen Habermas oder der 2024 verstorbene Herbert Schnädelbach immer wieder hingewiesen. Zum normativen Erbe dieser im 18. Jahrhundert durch Immanuel Kant auf den Punkt gebrachten Moderne gehört, dass nur, wer auf die Freiheitsrechte anderer achtet, vernünftig frei sein kann. Meine Gründe können nur dann vernünftig sein, wenn sie die Gründe aller sein können. Hier liegt die Geburtsstunde der liberalen Demokratie, auch die Vorstellung von einem Rechtsstaat, der die Freiheitsrechte aller, die in einem solchen Staat leben, möglichst gut schützt. Und es ist zugleich die Geburtsstunde eines Menschenrechtsdenkens, das niemanden ausschließt, was bedeutet: das universalistisch ist.

Wenn man vor diesem Hintergrund die gegenwärtige Krise der liberalen Demokratie mit unserer Frage nach dem Westen verknüpft: Welche Alternativen zum normativen Projekt des Westens, um noch einmal den Historiker Winkler zu zitieren, werden heute diskutiert?

Essen: Der Stichwortgeber ist der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán gewesen, der die Hinwendung zu dem Modell einer dezidiert illiberalen Demokratie propagierte. Im Mittelpunkt steht das Leitbild einer Mehrheitsgesellschaft,

die davor geschützt werden müsse, sich durch Migration ethnisch oder durch posttraditionale Lebensformen kulturell zu pluralisieren. Um dies zu erreichen, sollen – darum illiberal – verfassungsgebundene Grund- und Freiheitsrechte außer Kraft gesetzt werden. Die liberale Rechtsstaatlichkeit wird attackiert, weil sie der Herrschaft der politischen Mehrheit um der Freiheit aller willen Grenzen setzt. Da gibt es auch einen religionspolitischen Subtext: Orbán nennt dies eine christliche Demokratie und meint damit, dass das Christentum – beziehungsweise das, was er darunter verstehen will – den Identitätskern einer Gesellschaft ausmache, die sich vom Ideal einer substanziellen Homogenität leiten lassen solle. Bevor wir eine solche Form politischer Herrschaft mit guten Gründen kritisieren, sollten wir allerdings anerkennen, dass ein solcher autokratischer Populismus ein Identitätsangebot offeriert, das zweifelsohne attraktiv ist: Es verspricht Beheimatung und Geborgenheit. Es wird ein Kontrastbild angeboten, weil viele Menschen überfordert sind in einer sozial und kulturell zerklüfteten Gesellschaft, die scheinbar keine Antwort mehr zu geben weiß auf die Frage nach unserer kollektiven Identität.

Herr Striet, haben Sie eine Antwort?

Striet: Zwei Punkte sind aus meiner Sicht in Bezug auf liberale Gesellschaften wichtig. Man kann global beobachten, dass autoritäre Gesellschaften in bestimmten Punkten tatsächlich wahnsinnig effizient sind. Ich nenne nur das Beispiel China. China betreibt zumindest teilweise eine rigorose Klimaschutzpolitik, was in liberalen, demokratisch organisierten Gesellschaften so nicht möglich ist, weil man hier Mehrhei-

ten für eine solche Politik organisieren muss. Man kann auch schlicht sagen: Demokratische Verfahrensstrukturen im politischen Meinungsbildungsprozess sind anstrengend. Das ist der eine Punkt. Der andere Punkt ist ebenso heikel. Mit Blick auf die Genese eines modernen Menschenrechtsethos muss man viel stärker anerkennen, als Theologen und Theologinnen gemeinhin in Rechnung stellten, dass die Idee eines alle Menschen umfassenden Menschenrechts erst im historischen Prozess aufgrund des Massenmordens im 20. Jahrhundert geboren wurde. Das bedeutet nicht, dies in seinem Sollanspruch nicht auch gut begründen zu können.

Ist aber unsere Gesellschaft überhaupt so gespalten?

Striet: Mit Blick auf die Gespaltenheit der Gesellschaft zeigt sich die starke Versuchung, die eigenen Interessen wieder in den Vordergrund zu rücken. Darüber verstärken sich die Ränder der Gesellschaft, sie werden sowohl rechts als auch links extremer. Der Politikwissenschaftler Karsten Fischer hat zuletzt darauf hingewiesen, dass die immer noch mehrheitliche Mitte, die deutlich stärker auf Kompromisse aus ist, unsichtbarer wird. Ein riesiges Problem ist, dass die mediale Aufmerksamkeit sich immer stärker auf die politischen Ränder konzentriert.

Woher kommt diese Polarisierung?

Striet: Moderne Gesellschaften sind hochkomplexe Gesellschaften. Es gibt nun einmal keine einfachen Antworten auf komplexe Probleme. Will man demokratische Grundregeln des

gesellschaftlichen Miteinanders nicht gefährden, benötigt man eine Kompromissbereitschaft der Mehrheit. Wenn nicht alles täuscht, wird aber die autoritäre Versuchung immer attraktiver. Sowohl der Rechtspopulismus, aber auch der Linkspopulismus arbeiten mit unmittelbarem Erfolg versprechenden Antworten. Wenn im Übrigen Papst Franziskus pauschalisierend formulierte: „Diese Wirtschaft tötet“, war das auch eine sehr schlichte Antwort bezogen auf hochkomplexe globale ökonomische Zusammenhänge und damit verbundene Probleme.

Essen: Wir müssen allerdings sehen, dass es uns hier auf dem europäischen Kontinent noch einigermaßen gut gelingt, das Ethos des Gemeinsinns zu stabilisieren. Gleichzeitig lässt sich beobachten, dass die aggressive Polarisierung, wie wir sie in den USA sehen, nach Europa herüberschwappt. Das entwickelt sich nicht grundlos und hängt vor allem mit einer Vielzahl von Krisen zusammen, die unsere Gesellschaft erschüttern: Die Corona-Pandemie von 2020/21 stellt einen drastischen Einschnitt dar. Schon vorher hatten wir mit der Migration seit 2015 enorme Herausforderungen. Hinzu tritt seit Februar 2022 die Schockwirkung des Ukraine-Kriegs, die terroristischen Attacken der Hamas auf Israel im Oktober 2023 und der darauffolgende Gaza-Krieg. Ich lebe in Berlin, da kann man studieren, wie namentlich der Nahost-Konflikt unsere Gesellschaft aufwühlt und polarisiert. Der Soziologe Steffen Mau hat die Dynamik einer solchen Krisenkommunikation in unserer Gegenwartsgesellschaft mit dem Begriff Triggerpunkte ganz gut auf den Begriff gebracht.

Was ist der entscheidende Aspekt seiner These?

